



EU errichtet Handelsbarrieren für chilenische Lachsimporte - bedauerlicher Rückfall in den Protektionismus trotz völkerrechtlich verankertem Freihandel

Chile fühlt sich in diesen Tagen von der Europäischen Union hintergangen. Regierung, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und alle politischen Parteien sind sich einig, dass Europas wahres Gesicht protektionistisch ist. Die EU-Kommission hat dem Image Europas in Chile mit einer politisch äusserst umstrittenen Entscheidung einen Bärendienst erwiesen.

Auslöser ist die marktbeherrschende Stellung norwegischer Lachsprodukte auf dem europäischen Binnenmarkt. Norwegen - nach wie vor grösster Zuchtlachsproduzent der Welt - hält einen circa 60%igen Marktanteil im EU-Europa. Auf Druck kleinerer Betriebe aus Irland und Schottland, die den Norwegern Dumping vorwerfen, hat sich die Kommission entschlossen, eine mengenmässige Beschränkung für Lachsimporte aus Drittstaaten und Mindestpreise pro Kilo Lachs festzulegen.

Dies gilt neben Norwegen für Island, die Faröer-Inseln und vor allem auch für Chile, das zum zweitgrössten Zuchtlachsproduzenten der Welt in den letzten Jahren aufgestiegen ist und mit der EU seit Januar 2003 ein weitreichendes und politisch für die Beziehungen der EU mit Lateinamerika als herausragend charakterisiertes Assoziierungsabkommen in Kraft gesetzt hat. Die Kommission unterstrich durch diesen völkerrechtlichen Vertrag ihren festen Grundsatz, dass

freier Zugang von Produkten aus Entwicklungsregionen zu den Märkten der Industrieländer zum Nutzen aller ist und den Wohlstand der Nationen mehrt. Für Chile wirkt dieser jüngste Beschluss der Kommission wie eine Bestrafung seiner bisherigen entwicklungspolitischen Erfolge.

Seit dem 6. Februar 2005 gelten die neuen Bestimmungen. Der EU-Beschluss bedeutet, dass importierter Lachs aus Drittstaaten mit einem 'Strafzoll' belegt wird. Nach Meinung von Lisbeth Berg-Hansen, Vorsitzende des norwegischen Fischereiverbandes, diene der Brüsseler Entscheid nur dazu, "eine kleine Gruppe von Produzenten innerhalb der EU zu schützen, die nicht in der Lage sind, konkurrenzfähig anzubieten". Sie charakterisiert die Entscheidung der Kommission als „reinen Protektionismus“.

Chiles Fischwirtschaft

Die Fischindustrie und -verarbeitung Chiles gehört zu den größten der Welt. Innerhalb der letzten 12 Jahre hat sich die Lachsindustrie zum Exportschlager entwickelt. Mittlerweile stehen Lachs und Forelle nach Kupfer und Holz auf Platz drei der wichtigsten Ausfuhr Güter Chiles. In der zehnten und elften Region ist die Lachszucht wichtigster Motor der dortigen Wirtschaft. Für die kommenden Jahre war geplant, die Produktion der Salmoniden im Süden Chiles zu verdoppeln und damit an die Weltspitze vorzurücken. Die Entscheidung der Kommission bedeutet für diesen Sektor einen herben Rückschlag.

Rückenwind für chilenische Exporte

Ein wesentlicher Grund für den enormen Zuwachs chilenischer Lachsexporte nach Europa ist das seit dem 1. Februar 2003 in Kraft getretene Handelskapitel des Assoziierungsabkommens zwischen Chile und der Europäischen Union.

Von diesem Abkommen ist ein enormer und von beiden Vertragsparteien angestrebter Impuls für den Handelsaustausch sowie für die europäischen Direktinvestitionen in Chile ausgegangen.

Das Assoziierungsabkommen sieht für 75% der chilenischen Fischexporte einen degressiven Zollabbau innerhalb der ersten vier Jahre vor und ab 2007 völlige Zollfreiheit für den Marktzugang nach Europa. Dies begründet auch Anreize für Investitionen aus Europa in die chilenische Fischindustrie, die das Abkommen als besonders förderungswürdig betrachtet. Die chilenischen Lachszüchter rechneten innerhalb der nächsten vier Jahre mit einer Investitionszuwachsrate von 10 % p.a..

Die Entscheidung der Kommission trübt die prosperierenden Zukunftsperspektiven der chilenischen Lachsindustrie. In der Begründung des Freihandelsabkommens bezieht sich die EU auf die Förderung von Wohlstand und Wirtschaftswachstum in Chile. Chilenische Völkerrechtler sehen daher in der jüngsten Entscheidung der Kommission einen Widerspruch zum Geist dieses Vertrages, der Zollfreiheit, Öffnung der Märkte und entwicklungspolitische Ziele zum Gegenstand hat.

Die Größenordnung des Problems

Durch die verfügte Importquote werden 18 % weniger chilenische Lachsexporte nach Europa vermarktet als für dieses Jahr erwartet. Zudem liegt der für Chile festgesetzte Mindestpreis bei 2,7 Euro pro Kilo tiefgefrorenem Lachs. Dieser Wert liegt um 17 % höher als der Marktpreis, zu dem Chile vor der Entscheidung in Europa angeboten hat. Durch diese festgesetzte und bürokratisch verfügte Preiserhöhung befürchten die chilenischen Lachszüchter einen Einbruch der Nachfrage. Der Hauptgeschäftsführer des Verbandes chilenischer Lachsproduzenten, Rodrigo Infante, kalkuliert einen jährlichen

Rückgang bei den Exporterlösen nach Europa von US\$ 22 Millionen. Víctor Hugo, Präsident von AquaChile, erwartet eine Reduzierung geplanter Investitionen von US\$ 250 Millionen in den kommenden drei Jahren.

Die protektionistische europäische Entscheidung durchkreuzt die Entwicklungspläne der Region Aisén im Süden Chiles, da dort vornehmlich die Zucht atlantischen Lachses für den europäischen Markt betrieben wird. Die dortigen Unternehmer befürchten nun, dass die sehr aufwendigen kumulierten Investitionen ihrer Industrie sowohl in Humankapital als auch in Weiterverarbeitungsanlagen obsolet werden und einen Arbeitsplatzabbau nach sich ziehen.

Aktuell beschäftigt die chilenische Lachsindustrie circa 33.500 Menschen im Bereich Lachsfarming und circa 15.000 Menschen im Bereich der Weiterverarbeitung und Verteilung. Die betroffenen Unternehmen befürchten notwendige Entlassungen von insgesamt 2000 - 3000 Mitarbeitern. Der Widerspruch zu den entwicklungspolitischen Zielen des EU-Chile-Abkommens wird hier besonders deutlich.

Reaktion der chilenischen Regierung

Wegen der Bedeutung der Lachszucht für Export und Beschäftigung fühlt sich die chilenische Regierung den Interessen dieses Privatsektors aus volkswirtschaftlichen Gründen verpflichtet. Nach Bekanntwerden der Kommissionsbeschlüsse drohte die Regierung, das Schiedsverfahren bei der Welthandelsorganisation in Genf anzurufen. Sie sieht keinerlei relevante Begründung für die Kommissionsentscheidung. Chiles Anteil am europäischen Markt für Lachsprodukte betrage lediglich 5 %, was 8 % der chilenischen Gesamtproduktion von Zuchtlachs entspräche. Im Vergleich dazu machten die Anteile des verkauften Lachses nach USA und nach Japan nahezu 80 % des

gesamten Produktionsvolumens aus. Darüberhinaus konkurriere Chile mit seinem aufgrund der langen Transportwege notwendigerweise tiefgekühlten Lachs mit keinem anderen Anbieter in Europa. Die Produzenten aus Schottland und Irland, die sich so stark für die Einführung von Quoten und Mindestpreisen von Importen aus Drittstaaten bei der Kommission einsetzten, lieferten ausschliesslich Frischlachs und böten keine Tiefkühlprodukte an. Damit sei die Gleichbehandlung Norwegens und Chiles unlogisch und nicht nachvollziehbar.

Vorwürfe der EU gegenüber Chile

Sprecher der Europäischen Kommission verstehen die Aufregung in Chile nicht. Die Kommission kontert mit dem Argument, Chile habe sich bei der jüngsten Einführung von Handelsbeschränkungen für Weizenmehl aus Argentinien und der Europäischen Union nicht an den im EU-Chile-Assoziierungsabkommen vorgesehenen Konsultationsmechanismus gehalten. Ohne Ankündigung an und Abstimmung mit der Kommission habe Chile dem Import von Weizenmehl Beschränkungen auferlegt. Daher solle Chile sich nicht als den grossen Protagonisten für Freihandel in Szene setzen. Auch wenn die Grössenordnung des Handelsvolumens von europäischem Mehl für Chile nur einen Bruchteil der Umsatzerlöse durch den Verkauf chilenischen Lachses auf dem europäischen Markt ausmache, ginge es hier um das Prinzip. Die Kommission habe sich an das im Vertrag festgelegte Konsultationsverfahren gehalten; die chilenische Regierung wurde schon frühzeitig darüber informiert, dass die Kommission Kontingente und Mindestpreise für chilenischen Lachs festsetzen werde.

Chilenische Lösungsansätze

Intensive Informationen und Argumente werden zur Zeit über die diplomatischen Kanäle zwischen Norwegen und Chile ausgetauscht. Beide von

der Kommissionsentscheidung betroffenen Länder wollen die Schiedsgerichtsbarkeit der WTO anrufen. Während des kommenden Wochenendes werden zwei führende Beamte des chilenischen Aussenministeriums nach Genf reisen.

Die Kommission sieht dem gelassen entgegen. Der Sprecher des zuständigen Kommissars, Peter Mandelson, versicherte, man werde sich die Argumente Chiles und Norwegens anhören, dennoch sei die faktische und juristische Begründung für die Kommissionsentscheidung unumstösslich.

Sollte die WTO sich zuständig erklären und ein Schiedsgerichtsverfahren einleiten, ist mit einer endgültigen Entscheidung unter Einhaltung der vorgeschriebenen Fristen nicht vor Ablauf von 15 Monaten zu rechnen.

Eine weitere Möglichkeit, die Chile erwägt, ist, das Thema auf die Tagesordnung des EU-Ministerrates für Wirtschafts- und Handelsfragen zu bringen. Diese Strategie ist allerdings schnellstmöglich umzusetzen. Innerhalb von 30 Tagen nach Verkündung der Kommissionsentscheidung müsste ein EU-Mitgliedsland über seinen zuständigen Minister die Entscheidung im dafür vorgesehenen Ministerrat zur Abstimmung bringen. Die Rücknahme des Kommissionsbeschlusses bedarf einer qualifizierten Mehrheit. Dadurch könnten Importquoten und Mindestpreise wieder außer Kraft gesetzt werden. Für diesen Lösungsansatz läuft die Frist am 8. März 2005 aus.

Einige europäische Länder stellen sich auf die Seite Chiles

Dänemark und Frankreich haben sich bereits gegen die Neuregelungen aus unterschiedlichen Motiven ausgesprochen. Aus Spanien, das sich immer als Anwalt lateinamerikanischer Interessen in Europa versteht, gibt es keinerlei offizielle Verlautbarungen. Das federführende deutsche Wirtschaftsministerium

hat sich aus ordnungspolitischen Gründen und seinem klaren Bekenntnis zum Freihandel von den Kommissionsbeschlüssen distanziert.

In den europäischen Medien findet das für Chile so brennende Problem keine Aufmerksamkeit und keinen Niederschlag. Daher hat sich die europäische Politik mit diesem Fall bisher kaum beschäftigt. Stellungnahmen anderer EU-Mitgliedsstaaten stehen bisher aus. Chilenischen Medienberichten zufolge, habe sich der Vorsitzende des Ausschusses für Fischerei und Landwirtschaft des Europaparlaments, der Schotte Struan Stevenson, der der EVP-ED-Fraktion angehört, kritisch gegenüber der Kommissionsentscheidung geäußert.

Die unerwartet rasche Reaktion der dänischen und französischen Regierung ist darauf zurückzuführen, dass in diesen Ländern wirtschaftliche Interessen von diesen protektionistischen Massnahmen betroffen sind. In Dänemark wird ein Grossteil des norwegischen Zuchtlachses weiterverarbeitet, schafft dort Mehrwert und Arbeitsplätze. Für die französische Wirtschaft steigen durch die Kommissionsentscheidung die Kosten für die Verwendung von importiertem Lachs zur Herstellung von Fertiggerichten. Die dortige Vereinigung der Räucherlachsproduzenten befürchtet einen Anstieg ihrer Produktionskosten durch die bürokratische Festsetzung des Mindestpreises und damit weniger Wettbewerbsfähigkeit. Die ablehnende Haltung richtet sich in erster Linie gegen die Beschränkungen der Importe von Lachs aus Norwegen. Davon profitiert Chile indirekt als Mitbetroffener der Kommissionsentscheidung und nicht aus Gründen vermeintlicher Solidarität der beiden Länder mit der Andenrepublik.

Die deutsche Bundesregierung, vertreten durch das federführende Ministerium für Wirtschaft und Arbeit in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft stehen der Kommissionsentscheidung kritisch aus grundsätzlichen und prinzipiellen Erwägungen gegenüber. Bei ihren Überlegungen überwiegen

entwicklungspolitische Grundsätze und ein Festhalten am Ideal des Freihandels.

Bei der kürzlichen Debatte im Bundestag über die bilateralen Beziehungen der Bundesrepublik mit der lateinamerikanischen Region betonten die CDU-Abgeordneten Klaus-Jürgen Hedrich und Peter Weiß die Notwendigkeit, die demokratische Entwicklung in Lateinamerika auch durch Handel und private Investitionen hilfreich zu begleiten. Im Geiste der beiden Assoziierungsabkommen zwischen der EU mit Mexiko und Chile habe auch die Bundesrepublik Deutschland eine Verpflichtung.

Das eindeutige Bekenntnis der EVP-ED-Mitgliedsparteien und ihrer Fraktion im Europaparlament zu freiem und fairem Handel könnte Grundlage dafür sein, sich mit diesem Fall und dem aufkeimenden europäischen Protektionismus zu beschäftigen. Ihre Fachausschüsse sollten ihrer legislativen Kontrollfunktion gegenüber der Kommission nachkommen.

Santiago de Chile am 10. Februar 2005